

09.02.2021

## Antrag

der Fraktion der SPD

**Schülerinnen und Schülern sowie ihren Eltern eine Perspektive geben – mehr pädagogische Entscheidungen den Schulen übertragen und aus der Pandemie gut durchstarten.**

### I. Ausgangslage

Die Corona-Pandemie stellt Familien im ganzen Land vor ungekannte Herausforderungen. Sie sind in mehrerer Hinsicht herausgefordert. Eltern müssen sich um die Betreuung und Bildung ihrer Kinder kümmern, haben aber gleichzeitig keine verlässliche Perspektive, wann und in welcher Form die Kitas und Schulen wieder öffnen.

Auch in den Einrichtungen gibt es seit Monaten ungeklärte Fragen. Vieles ist dem Personal in Schulen und Kitas, den Trägern und Kommunen überlassen. Standards und verbindliche Vorgaben fehlen. An vielen Stellen arrangieren sich die Beteiligten und haben in den letzten Monaten gute Lösungen entwickelt. Die enormen Leistungen der Schulleitungen, Lehrkräfte und des gesamten pädagogischen Personals in den Einrichtungen gilt es wertzuschätzen. Auch die Schülerinnen und Schüler beweisen sich trotz fehlender Perspektiven und geben ihr Bestes angesichts der aktuellen Herausforderungen.

Der Pandemiebetrieb geht an Schulen über eine Zweiteilung zwischen Präsenz- und Fernunterricht hinaus. Es gibt viele Abstufungen zwischen diesen Extremen – nicht zuletzt, weil die Ausgestaltung der Notbetreuung und der dort vermittelten Unterrichtsinhalte sehr unterschiedlich ist und unterschiedlich nachgefragt wird. Im Resultat ist die Ausgestaltung des Schul-, Bildungs- und Betreuungsangebots von Kommune zu Kommune sowie von Einrichtung zu Einrichtung völlig unterschiedlich. Die seitens der Landesregierung in den letzten Monaten immer wieder beschworene Bildungsgerechtigkeit gibt es nicht.

Seit fast einem Jahr fordern wir das Ministerium für Schule und Bildung (MSB) auf, unterschiedliche Szenarien vorzubereiten und hierfür einen landesweiten Rahmen vorzugeben. Somit könnten die Schulen schnell und nachvollziehbar abhängig von festgelegten Inzidenzwerten in verschiedene Unterrichtsmodelle wechseln.

Einen solchen Rahmen, wie es ihn in Niedersachsen gibt, würde auch ein Öffnungsszenario in den nächsten Monaten begünstigen und Familien wieder eine Perspektive geben.

Die vom MSB vorgelegten Szenarien im Dezember sind bei Lehrer- und Elternverbänden auf große Kritik gestoßen. Dieser Vorstoß ist als dysfunktional zu bewerten, da das MSB nur zwei Unterrichtsmodelle zu denken vermag: Präsenzunterricht und Distanzunterricht. Mit diesem schwarz-weiß Denken macht es sich das MSB leicht und verschließt sich das Land NRW gegenüber anderen effektiven Unterrichtsmodellen, wie in Niedersachsen. Auch der Umstand, dass die Initiierung eines dieser Modelle durch die Entscheidung des MSB genehmigt werden muss, erhöht unnötig die Bürokratie. Schulen sind mit den Gesundheitsämtern vor Ort in Kontakt und könnten in Absprache mit ihnen diese Entscheidungen treffen.

Das MSB muss den Schulen mehr vertrauen.

## **II. Perspektiven schaffen**

Es ist notwendig, dass die Landesregierung den Familien, Kommunen, Schulen und Trägern samt ihrem Personal endlich Klarheit und Planungssicherheit gibt. Sobald es möglich ist, muss das schulische Leben wieder zur Normalität zurückkehren. Das höchste Ziel ist die Gesundheit der Kinder. Dazu gehört aber auch, dass Kinder und Jugendliche wieder miteinander in Kontakt kommen. Soweit sich dies durch Wechsel-/ Schichtunterricht, sowie feste Lerngruppen, realisieren lässt, sollte dies ab dem 15. Februar 2021 erfolgen. Hierzu muss das MSB einen verbindlichen Rahmen frühzeitig vorgeben. Die Schule und die Schulträger brauchen Zeit dies umzusetzen. Die ministeriellen Vorgaben müssen für Schülerinnen und Schüler, bei denen zuhause die räumlichen Bedingungen nicht gegeben sind, „Study Halls“, d.h. geeignete Lernräume in der Schule, vorsehen. Auch die bereits mehrfach vorgebrachte Idee, außerschulische Lernorte, Museen, Bibliotheken und Musikschulen hierbei einzubinden, ist endlich in die Überlegungen aufzunehmen.

Klar ist aber auch: Die Pandemie wird nicht von heute auf morgen enden und in den nächsten Monaten kann es wieder zu einem Aussetzen der Präsenzpflcht kommen. Deshalb muss transparent gemacht werden, ab welchem Zeitpunkt oder Inzidenzwert die Einrichtungen wieder öffnen können. Dabei müssen Entscheidungen mit einem entsprechenden Vorlauf erfolgen und nicht wie in der Vergangenheit häufig am Vorabend für den nächsten Tag verkündet werden. Das seitens der Koalition beschworene „Fahren auf Sicht“ muss ein Ende finden.

Nordrhein-Westfalen braucht einen Plan für die Schuljahre 2020/2021 und 2021/2022, der mehr als Wechsel- und Distanzunterricht einbezieht. Insbesondere für die Förderschulen gilt es, passgenaue Lösungen zu finden. Sie bedürfen der besonderen Aufmerksamkeit, wurden sie doch oft von der Landesregierung vergessen. Seit Ausbruch der Pandemie waren die Lehrpläne an vielen Schulen nur noch eine grobe Orientierung. Tatsächlich konnten und können wichtige Unterrichtsinhalte nicht vermittelt und Kompetenzen nicht erlernt werden. Diese Defizite müssen in der Zukunft aufgearbeitet werden.

Das Land muss alle Möglichkeiten ausschöpfen und pädagogische Angebote machen, damit die Schülerinnen und Schüler liegen gebliebenes nacharbeiten können. Die Bildungsangebote müssen sich hierbei auch in die bisher unterrichtsfreie Zeit in Form von „Bildungsferien“ oder „Bildungsganztage“ erstrecken. Dabei muss dem Bildungs- und Erziehungsauftrag von Schule genüge getan werden. Folglich gilt es auch, die emotionalen und sozialen Ebenen im Unterricht aufzufangen und hierfür Raum zu schaffen und sich bei Bedarf externer Expertise zu bedienen. Eine engere Zusammenarbeit mit Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern sowie anderen Expertinnen und Experten muss jetzt schon angebahnt werden. Unsere Schulen haben auch die Verantwortung und Aufgabe, das Kindeswohl im Blick zu behalten und dafür Sorge zu tragen, dass unsere Schülerinnen und Schüler ohne Narben auf der Seele diese Pandemie überstehen. So wichtig Bildungsinhalte sind, so wichtig ist auch das

gesundheitliche Wohl unserer Kinder. Und eine verletzte Seele lernt nicht gut. Jetzt müssen Konzepte von Expertinnen und Experten erstellt werden, wie wir unsere Kinder gut auffangen und eine unbeschwertere Schulzeit ermöglichen können.

Das braucht Zeit, Personal und Konzentration auf das Wesentliche.

### III. Der Landtag stellt fest:

- Seit Ausbruch der Pandemie konnten viele lehrplanrelevante Lerninhalte nicht vermittelt werden. Es ist zu überprüfen, welcher Stoff davon unbedingt nachgeholt werden muss, aber auch, welcher entfallen kann. Prioritäten setzen ist jetzt wichtig.
- Seelische und körperliche Belastungen, die Kindern und ihren Familien durch die Pandemie entstanden sind, müssen aufgearbeitet werden. Insbesondere Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer, Vertrauenslehrerinnen und Vertrauenslehrer, aber letztlich alle Lehrkräfte haben die Aufgabe, jetzt genauer hinzusehen. Zum Wohle der Kinder muss die Zusammenarbeit mit den freien Trägern der Jugendhilfe wie AWO, Diakonie, Caritas und anderen sowie den Jugendämtern in den Kommunen intensiviert werden.
- Jugendzentren und offene Treffs sind außerschulische Lernorte. Sie können und müssen einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung der Pandemie leisten.
- Der Ganzttag bietet enorme Potentiale für die Entwicklung unserer Kinder, für deren Förderung und für ein besseres Bildungsangebot insgesamt. Diese Potentiale müssen genutzt und der Ganzttag entsprechend in die bildungspolitische Planung einbezogen werden. Mit einer Teilnahme am schulischen Ganzttag muss auch eine besondere pädagogische Arbeit verbunden sein. Es muss klar sein, wann und in welcher Form Lehrkräfte mit einbezogen werden. Dies gilt während der Corona-Pandemie in besonderer Weise und unabhängig von der Frage, in welcher Form der eigentliche Schulbetrieb und Unterricht stattfindet.
- Familien brauchen eine Perspektive und Verlässlichkeit, wie sie ihr Leben in den nächsten Monaten planen können. Um den Neustart nach der Pandemie zu erleichtern, sind sie auch auf finanzielle Unterstützung angewiesen

### IV. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

eine transparente und umfassende Öffnungsstrategie für die Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts nach dem 14. Februar 2021 und für den Schulbetrieb über die Sommerferien hinaus zu entwickeln. Dabei gilt es Folgendes zu beachten:

- Jedes Kind und jeder Jugendliche wird in den Blick genommen.
- Die Ängste und Sorgen der Schülerinnen und Schüler müssen ernst genommen werden. Sie müssen intensiver als bisher in alle Diskussionen einbezogen werden.
- Wenn Schülerinnen und Schüler zuhause keine angemessene Lernumgebung zur Verfügung haben, müssen für sie in Schulen Lernräume („Study Halls“) zur Verfügung gestellt werden. Gleiches gilt für ein Mittagsangebot, damit gewährleistet ist, dass alle Kinder und Jugendliche mindestens eine vollwertige und warme Mahlzeit am Tag erhalten.
- Individuelle Lernlücken werden gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern festgehalten und in Form von individuellen Förder- und Lernplänen dokumentiert. Darüber hinaus müssen Förderkonzepte für alle Schülerinnen und Schüler, unabhängig bereits festgestellter Förderbedarfe, geschrieben werden. Die Lehrpläne sind kurzfristig zu verschlanken, damit in den Schulen klare Prioritäten gesetzt werden können.

- Keine Schülerin und kein Schüler bleibt sitzen, aber ein freiwilliges Wiederholen wird ermöglicht.
- Im Rahmen eines neuen Bildungsganztages werden insbesondere in den Klassen 1 bis 6 Möglichkeiten geschaffen, individuelle Defizite auszugleichen. Die Erprobungsstufe wird bis zu Ende der Jahrgangsstufe 7 ausgeweitet.
- Darüber hinaus sind mit hinreichendem Vorlauf und Absprache mit Trägern der OGS und pädagogischem Personal, das pandemiebedingt Kapazitäten zur Verfügung hat, wie Kunst-, Theater und Musikpädagoginnen und -pädagogen, und Kommunen Ferienprogramme aufzulegen, um Kindern flächendeckend pädagogisch untermauerte Spiel- und Freizeitaktivitäten anzubieten. Dort können gleichzeitig Lerndefizite aus der Schule aufgearbeitet werden. Im Zuge dieser Planung sollten Gespräche mit der Familienbildung und weiteren Akteuren der Weiterbildung geführt werden, und Möglichkeiten der Kooperation geprüft werden.
- Insbesondere die Bedürfnisse von Kindern mit besonderen Förderbedarfen müssen in den Blick genommen werden. Dabei müssen die Förderschulen stärker berücksichtigt werden.
- Zur Unterstützung der Lehrkräfte für diese Aufgaben, brauchen die Schulen zusätzliches Personal. Lehramts- oder Pädagogikstudierende können hierfür gezielt angeworben und an den Schulen in Abstimmung mit den unterrichtenden Lehrkräften eingesetzt werden. Ähnliches gilt für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowie Pädagoginnen und Pädagogen geschlossener Jugendeinrichtungen, die pandemiebedingt Kapazitäten frei haben. Sie arbeiten wo möglich mit den Schulen zusammen, um den Kindern einen gelungenen Neustart zu ermöglichen.
- Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Familien- und Jugendhilfe arbeiten mit den Schulen und Lehrkräften zusammen, damit Kinder und Jugendliche sowie ihre Eltern auch bei den besonderen Herausforderungen in und nach der Pandemie die notwendigen Hilfen und Unterstützung erfahren, um drohende individuelle Beeinträchtigungen der Kinder und Jugendlichen in ihrer schulischen Ausbildung auszugleichen und jede Form der Kindeswohlgefährdung zu verhindern.
- Die Schulen brauchen organisatorische Freiheiten innerhalb klarer rechtlicher Leitplanken. Best-Practice-Beispiele müssen benannt und beworben werden.
- Allen Abschlussklassen muss in diesem Jahr über alle Schulformen hinweg ein Freischuss bei den Abschlussprüfungen gewährt werden. Nach einer Lernphase über die Sommerferien hinweg, soll die Wiederholung im Herbst auf freiwilliger Basis möglich sein.
- Für die Klasse 10 müssen ausbildungsbegleitende Hilfen von August bis November zur Verfügung gestellt werden. Insgesamt muss sichergestellt werden, dass Angebote der Berufsorientierung, einschließlich Lösungen für die Berufspraktika, an allen weiterführenden Schulen gewährleistet werden, um einen Anschluss nach dem Schulabschluss zu ermöglichen.
- Für die Klassen 4 ist der Übergang in die weiterführende Schulen zu sichern. In den ersten Monaten des fünften Schuljahres ist das Augenmerk auf die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler zu legen, da die Lernunterschiede wahrscheinlich noch nie so große waren, wie in dieser Zeit der Pandemie.
- Für den digitalen Distanzunterricht – später auch für digitale Angebote im Präsenzunterricht – bedarf es einer verbindlichen Struktur und eines umfassenden Medienkonzepts, das nicht nur die Hardware, sondern auch die Software (Lernplattformen, Chat- und Konferenztools etc.) und das pädagogische Konzept in den Blick nimmt. Eine Beratungsstelle, die beispielsweise in den Regionalen Bildungszentren verankert ist, kann hierfür einen einheitlichen Rahmen schaffen und koordinierende Aufgaben übernehmen.

- Kurzfristig brauchen die Schulen klare Hinweise, explizit zum Datenschutz, um Sicherheit bei für alle Beteiligten zu schaffen. Konkret muss das MSB endlich verbindliche Aussagen machen, z. B. ob Kinder und Jugendliche verpflichtet sind, die Videoübertragung zu nutzen, ob Videoaufzeichnungen des Unterrichtsstoffs (zur späterer Vertiefung und Wiederholung der Inhalte) erlaubt sind, wie mit illegaler Verwendung von Bild- und Videomaterial aus den schulischen Kontext umgegangen wird und wie bei der Bewertung beispielsweise auch Netzprobleme berücksichtigt werden.
- Um Gesundheitsschutz und Bildung bestmöglich zu vereinbaren, braucht es eine umfassende Teststrategie für Lehrerinnen und Lehrer, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der OGS sowie alle weiteren in der Schule Anwesenden. Alle an der Schule tätigen Personen müssen darüber hinaus im Impfplan mit Priorität berücksichtigt werden.

Thomas Kutschaty  
Sarah Philipp  
Jochen Ott

und Fraktion